

Saale-Zeitung.

Dreizehntägiger Jahrgang.

Anzeigen

Wochen die Expedition oder dem... 20 Pf. berechnet und in der Geschäftsstelle...

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmaler... 2,50 M., durch die Post 2,75 M. auswärts...

Nr. 137.

Halle a. S., Dienstag, den 23. März.

1909.

Eine neue Belastung der Gemeinden.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 22. März.

Die Gemeinden werden fortgesetzt mit neuen Lasten bepackt. Die Ausgaben wachsen ständig, da immer neue Aufgaben den Gemeinden zugewiesen werden...

In der Begründung des Entwurfs wird herangezogen, daß durch die Vorschriften des Gesetzes die Möglichkeit geschaffen sei, daß auch die beiden beteiligten Interessentengruppen zur Tragung der Kosten herangezogen werden...

Hierzu kommt noch, daß den Gemeinden nach der Fassung des Entwurfs die gesamten durch die Zahlung und Beitreibung entstehenden Kosten endgültig zur Last fallen. Denn da ihnen die gesamten Kosten der Arbeitskammern...

gebung und insbesondere durch die hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen zugemutet wird, ist aber auf die Dauer unerträglich.

Deutsches Reich.

Sel- und Personalnachrichten.

* Graf Friedrich von Poser, Oberhof- und Sammarschall Kaiser Wilhelms I., der vorbildliche Vertreter des „alten regiments“ ist am Sonntag nachmittags, 83 Jahre alt, in Berlin gestorben.

Die Budgetkommission und der Reichskanzler.

Als gestern die Budgetkommission an das Extraordinarium des Marineamts kam, beantragte der Vertreter der Sozialdemokraten vor dem ersten Titel über Schiffsbauarbeiten die Verhandlung abzubrechen und nicht eher fortzusetzen, als bis der Reichskanzler in der Kommission erschienen und sich zu den Erklärungen des englischen Premiers geäußert habe.

Der Vorsitzende der Kommission machte im Anschluß hieran den Vorschlag, dem die Kommission einstimmig zustimmte, die Neubauarbeiten zurückzustellen, den Marineamt im übrigen zu erledigen und vor die Beratung der Schiffsbauarbeiten den Etat des Reichskanzlers einzuführen, Demgemäß wurde das Extraordinarium ohne die Neubautitel beraten.

Von der Tabaksteuer.

Das „Berl. Tageblatt“ erfährt aus gutinformierter Quelle: Sobald zwischen den verbündeten Regierungen und der Reichstagskommission für die Finanzorgane eine grundsätzliche Einigung über die Tabaksteuer erfolgt ist, soll noch bevor das Gesetz fertig ist, durch Spermaeregeln dafür gesorgt werden, daß nicht durch eine erhebliche Verringerung die finanzielle Wirkung des Gesetzes in den ersten Jahren hinlänglich gemacht wird.

Die Steuerregelung der Agrarier.

Daß die Agrarier Steuerregelung betreiben, ist von der „Köln. Volksztg.“ bisher mit derselben Entschiedenheit geteilt worden, wie in der händlerischen „Dtsch. Tagesztg.“. Jetzt aber bringt das rheinische Zentrumblatt einen Artikel, in dem offen zugegeben wird, daß die Mängel der Steuerregelung, auf die Prof. Dr. Hans Delbrück hinsichtlich der östlichen Provinzen hingewiesen hat, im Einklang ständen mit einer im Osten weitverbreiteten Auffassung.

Dementi.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Wie ein Wiener Blatt meldet, soll in Petersburg behauptet werden, der deutsche Kaiser habe an den Zaren ein Telegramm geschickt, worin um Einstellung der deutsch-feindlichen

Artikel der russischen Presse gebeten wird. Wir möchten feststellen, daß diese Behauptung völlig aus der Luft gegriffen ist.

Um Errichtung einer Reichs-Viehweiden-Versicherung

petitioniert beim Reichstage der Bund der Viehhändler Deutschlands. Die Einführung einer obligatorischen Reichsversicherung zur Entschädigung von Verlusten durch Viehweiden wird begründet mit der Notwendigkeit, die Viehbestände Deutschlands, die einen ungeheuren Teil des Nationalvermögens repräsentieren, zu erhalten. Die heutige Bekämpfung der Viehweiden sei unzulänglich...

Heer und Flotte.

X Berlin, 21. März. Nach den letzten ergangenen Bestimmungen für die diesjährigen Übungen des Heeres und der Flotte werden bei sämtlichen Infanterie-Regimentern zu zwei Bataillonen für die Manöver durch Einziehung von Reservisten auf die Dauer von 28 Tagen dritte Bataillone gebildet. Beim Gardekorps, 1. bis 4., 8. bis 11. und 14. bis 18. Armeekorps ist je ein Reserve-Infanterie-Regiment, beim 7. Armeekorps zwei Reserve-Regimenter, beim Gardekorps, 1. bis 11. und 14. bis 18. Armeekorps ist je ein Reserve-Feldartillerie-Abteilung zu bilden.

Deutscher Reichstag.

231. Sitzung vom 22. März.

Am Tische des Bundesrates: v. Einem, v. Schoen, v. Loebow, v. Dörner. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Der Militäreretat.

(Sechster Tag.)

Die Beratung wird fortgesetzt im Kapitel „Adjutanturoffiziere und Offiziere in besonderen Stellungen“.

Abg. Graf Drölla (nl.)

beantragt, den Fonds für Offiziere in besonderen Stellungen, der Regierungsvorlage entsprechend, wieder um 100 000 M. auf 400 000 M. zu erhöhen. Der Antrag wird abgelehnt.

Beim Kapitel „Generallstab und Landesvermessungswesen“ wird eine Resolution der Budgetkommission angenommen, die eine Verbilligung der Bücher, Karten und Druckfachen fordert, und die die Regierung erludt, in Ermägen einzutreten, inwieweit die Beamtenstellen im Generallstab mit inaktiven Offizieren belegt werden können.

Bei Kapitel „Eldberpflegung der Truppen“ bittet Oberst Ranbel,

die von der Budgetkommission als fünfzig weglassend bezeichneten 15 Stellen von Oberretarierinnen wieder herzustellen, sonst würden die Beförderungsvorläufe für die Veterinäroffiziere außerordentlich verkompliziert werden.

Abg. Droscher (kon.)

begründet einen Antrag der Konventionen, Nationalliberalen und wirtschaftlichen Vereinigung im selben Sinne.

Abg. Erberger (str.)

widerspricht. Wenn aus der Regierung versprochen würde, eine Reorganisation des Veterinärwesens bis zum nächsten Jahre vorzunehmen, so würden wir unseren Widerspruch zurückziehen.

Abg. Wörke (nl.)

Zu stimme dem Abg. Erberger zu.

Oberst Ranbel:

Die Militärverwaltung hätte schon gern in diesem Jahre eine Reorganisation des Korps vorgenommen. Es scheint aber die Mittel. Es besteht jedoch die feste Ansicht, diese Reorganisation bis zum 1. April 1910 durchzuführen. Wir wünschen, daß die Hände bestehen.

Unterstaatssekretär im Reichshofrat Zweite:

Auch wir halten eine Reorganisation bis zum 1. April 1910 für wünschenswert. Eine bindende Zusage kann ich aber nicht geben.

Der Antrag wird angenommen. Auch die Stellen von Unterreferendaren werden wiederhergestellt.

Die Budgetkommission schlägt vor, das reitende Feldjägerkorps am 1. Oktober 1909 aufzulösen.

Ein konservativer Antrag fordert die Erhaltung des Korps.

Abg. Vogalla v. Bielefeld (lonf.)

begründet den Antrag. Das Feldjägerkorps hat sich durchaus bewährt, es hat eine glänzende Geschichte hinter sich. Seine Tätigkeit ist auch stets anerkannt worden. Wir sollten die alte Institution, die ihren Zweck völlig erfüllt, weiter behalten. (Beifall regis.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen:

Ich stimme dem Redner durchaus zu. Das auswärtige Amt hat ein großes Interesse an der Erhaltung dieses Korps. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, daß die Feldjäger nicht genügend beschäftigt werden. Wir können sie nicht entbehren. Wir müssen bei der Beförderung von Offizieren die Gewähr haben, daß sie durchaus sicher befördert werden. Nur in Ausnahmefällen können wir andere Personen finden, die an Stelle der Feldjäger treten können. Verabschiedete Offiziere können aber nur in Ausnahmefällen beschäftigt werden, denn der Kurierdienst ist außerordentlich anstrengend. Wir brauchen dazu Leute, die in der Mitte ihrer Jahre stehen. Die finanzielle Tragweite der ganzen Institution ist nur gering, es handelt sich um etwa 30 000 Mk. Wären wir das Korps abzulassen, so müßten wir vielleicht Beamte mit dem Kurierdienst betrauen; das würde uns noch viel teurer zu stehen kommen. Ich bitte Sie dringend, das Korps, das sich stets bewährt hat, zu erhalten. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Hertling (Ztr.):

Wir glauben in der Kommission, das auswärtige Amt lege sein Gewicht auf die Erhaltung des Korps. Jetzt werden wir gegen den Kommissionsbeschuß stimmen.

Abg. Dr. Gemter (nl.):

Auch wir waren in der Kommission für die Aufhebung des Korps. Für uns war nicht in erster Linie der Gedanke maßgebend, Ersparnisse zu machen, sondern der Wunsch, neue Stellen für verabschiedete Offiziere zu erhalten. Nach der Erklärung des Staatssekretärs ziehen wir aber unseren Einspruch zurück und werden für die Erhaltung des Korps stimmen. Nebenfalls haben wir aber immer noch den Wunsch, daß weitere Stellen für verabschiedete Offiziere geschaffen werden. (Beifall.)

Der Antrag auf Erhaltung des Feldjägerkorps wird gegen die freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

Beim Titel „Benonierte Offiziere und Militärärzte“ wünscht

Abg. Erberger (Ztr.):

daß künftighin Aufstellungen an katholischen Feiertagen nicht mehr stattfinden sollen.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.):

trägt einen Fall vor, in dem ein zur Wahl gestellter Rechtsanwalt auf Beauftragung des Bezirkskommandeurs von Worms nicht zum Referendariat gemäß wurde, weil er Angehöriger einer katholischen Studentenkorporation war und die Ausweisel verweigert.

Kriegsminister v. Einem:

Die Militärverwaltung hat alles getan, um dem Mann zum Rechte zu verhelfen. Der Bezirkskommandeur hat sich in dieser Angelegenheit nicht richtig benommen. Der Fall wird weiter untersucht werden, und wenn er sich tatsächlich so verhält, wie er in die Presse gelangt ist, so wird der Bezirkskommandeur von Worms zur Verantwortung gezogen werden.

Beim Titel „Mannschaften“ weist

Abg. Zubeil (Soz.)

auf die Konturenz hin, die die Militärschlüssel den Zivilmusikern bereiten. Sogar die Berliner Musikanten haben schon Militärmusik. Es ist die schmachvolle Konturenz getrieben. Endlich sollte auch einmal dem Unjug Einhalt getan werden, daß der Aus- und Einmarsch der Truppen in Berlin nach in der Nacht mit Musik erfolgt.

Abg. Hoen (Ztr.):

betrifft die Mißhandlungen der Refruten durch die sogenannten „alten“ Leute. Bei der Zubilligung von Renten an Soldaten sollte man milder verfahren. Zur Entzeit sollte mehr Urlaub gewährt werden. Wir sind stolz auf unser Heer, das noch nicht politisch zerfällt ist. Aber es muß noch stiftlicher werden.

Die Resolution auf Erhaltung des dritten Elements durch Feldwebel-Elementen wird angenommen, ebenso die Resolution auf Einschränkung der privaten Tätigkeit der Musikanten, ferner die Resolution auf Umwandlung von Kapitänen in Geldstrafen.

Bei der „Naturalverpflegung“ führt

Abg. Zubeil (Soz.)

Klage über schlechte Verpflegung der Soldaten infolge Vergebung der Lieferungen an Generalpächter. Die Waren in den Kantinen sind meist wenig preiswert. Die Kantinen auf dem Oberrhein Verpflegung sind in traurigem Zustande. Dort schläft man auch die Soldaten in unerhörter Weise.

Abg. Tei (Ztr.):

fordert größere Berücksichtigung der Handwerker-Gesellschaften und Innungen und spricht sich gegen die Befeldungsämter aus.

Abg. Ganz Oder zu Kuitz (lonf.):

Wir stehen der Uebertragung von Arbeiten an die Genossenschaften sympathisch gegenüber, sind aber der Ansicht, daß die Befeldungsämter sich durchaus bewährt haben.

Abg. Gothein (fr. Bgg.):

Wir können nicht eine Einrichtung, die wir erst auf Wunsch der Handwerker geschaffen haben, schon wieder aufheben, weil sich die Ansicht der Handwerker inzwischen geändert hat. Die Arbeiter in den Befeldungsämtern sollte man nicht nur mit derselben Arbeit beschäftigen.

Generalmajor von Bohow

sagt Berücksichtigung dieser Anregung zu. Die Befeldungsämter sind für die Mobilmachung nötig, die Genossenschaften würden das erste Ansehen nicht genügen können. Die gesamte Ausführung der Instandhaltung kommt bei uns etwa auf 72 Mark zu stehen. Die Arbeiter arbeiten also sehr billig.

Angenommen wird die Resolution der Budgetkommission wegen Neuregelung des Versicherungswesens.

Abg. Siebenbürger (lonf.) und Abg. Duffner (Ztr.) treten für kleine Garnisonen ein.

Abg. Dr. Krüning (nl.)

erörtert den Mangel an Militärärztinnen. Die vorhandenen Militärärzte werden überbürdet und haben keine Gelegenheit zur Weiterbildung und Ausübung von Privatpraxis. Eine Besserstellung der Ärzte und Gleichstellung mit den Offizieren bezüglich Uniform, Abzeichen usw. ist notwendig.

Abg. Gerstenberger (Ztr.)

wendet sich gegen die Monopole bei Lieferungen.

Abg. Sommer (fr. Bp.)

bringt Wünsche der Militärärztpfleger vor, besonders hinsichtlich der Uniform.

Abg. Stillek (Soz.)

führt Fälle an, daß Offiziere Reisegelder bezogen haben, ohne die Reise angetreten zu haben.

Generalmajor von Bohow:

Ich kann das nicht glauben. Bitte stellen Sie mir das Material zur Verfügung.

Die Budgetkommission hat sich gegen die geplante Verlegung der Unteroffizierschule von Biebrich nach Wehlar ausgesprochen.

Abg. v. Clern (lonf.)

ist für die Verlegung,

Abg. Stupp (Ztr.)

für die Belassung der Schule in Biebrich.

Abg. Behrens (wirtsch. Bgg.):

Die Stadt Wehlar ist seit Jahren übel behandelt worden; sie verdient Entgeltommen.

Abg. Gothein (fr. Bgg.):

Wir sind einverstanden. Das Haus beschließt die Verlegung nach Wehlar.

Abg. Wieland (D. Bp.)

regt eine bessere turnerische Ausbildung der Soldaten an und verteidigt die Kriegervereine gegen die Behauptung, daß in ihnen Politik getrieben werde.

Abg. Zubeil (Soz.)

führt Beschwerde über die schlechte Behandlung von Untersuchungsgefangenen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 2 Uhr: Weiterberatung, Automobilbeschlüßgeleh. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom 22. März.

Am Ministertische: v. Breitenbach. Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Der Eisenbahnetat.

Die zweite Beratung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt bei den „bauenden Ausgaben“.

Abg. Widde (fr.)

benämelt, daß die Anfangsgehälter der Oberbahnhofsversteher jetzt niedriger seien als früher.

Abg. v. Savigny (Ztr.)

verlangt höhere Pensionen für die Arbeiter.

Abg. Dr. Erberger (Ztr.)

wünscht Besserstellung des Hilfsarbeiters für Genossenschaftswejen in Eisenbahnministerium.

Abg. Dr. König-Krefeld (Ztr.)

verlangt Erweiterung des Erholungsurlaubs für die Landarbeiter.

Minister v. Breitenbach

jagt Prüfung der vorgebrachten Wünsche zu. Für die Pensionsverhältnisse der Arbeiter sei bisher nichts in hervorragender Weise gefordert worden. Die Eisenbahnerverwaltung habe in der Tat einen guten Stamm zuverlässiger, pflichttreuer Arbeiter. (Beifall.)

Abg. Dr. Schöder-Koßel (nl.)

unterstützt die Wünsche wegen der Sonntagsruhe und des Erholungsurlaubes der Arbeiter.

Beim Abschnitt „Sächliche Ausgaben“ liegt eine Petition der Stadt Stolp vor wegen Uebertragung der Verbringung des Staatsbahnhofs in Stolp mit elektrischem Strom zu Beleuchtungs- und Kraftzwecken auf das hiesige Elektrizitätswerk. Die Kommission beantragt Uebertragung zur Tagesordnung.

Abg. v. Boehm (lonf.):

Die Verfügung des Ministers, welche die Stromlieferung für den Bahnhof Stolp dem Elektrizitätswerk des Herrn v. Zipekowitz übertragt, belegt mit dünnen Worten: Der Landwirtschaft können wir den Verdienst, der Stadt Stolp aber nicht! Stolp hat aber auch Fesler gemacht, weil es mit seinem Angebot zu spät gekommen ist.

Minister v. Breitenbach:

Die ganze Sache ist über Gebühr aufgebauscht worden durch obdieser Artikel des „Berliner Tageblattes“. Die Eisenbahnerverwaltung berücksichtigt stets in erster Linie die Gasanfallten und Elektrizitätswerke der betreffenden Städte. Stolp hat jahrelang ein zu hohes Angebot gemacht.

Die Abg. Eisenmann (lonf.), Barenhoff (lonf.), Wagner (fr. Bp.), v. Stockhausen (lonf.), Dr. Duns (fr. Bp.) und Meyer-Dippold (nl.) bringen lokale Wünsche vor.

Abg. Siemsa (Ztr.)

fordert Bevorzugung der handwerksmäßig hergestellten Schwellen- und Schienenmängel vor den fabrikmäßig hergestellten.

Die Petition der Stadt Stolp wird durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt.

Beim Titel „Fahrzeuge“ rügt

Abg. Heine (nl.)

den Mangel an Wagen mit geringer Laßfähigkeit für den Kohlentransport.

Minister v. Breitenbach:

Die Zahl dieser Wagen ist zwar zurückgegangen, genügt aber noch durchaus dem Bedürfnis.

Auf Anfrage des Abg. Siemsa (Ztr.) erklärt

Minister v. Breitenbach,

an der Gasgaslichtbeleuchtung der Waggonen solle festgehalten werden, da sie sich außerordentlich bewährt habe. Die Erfahrungen von den elektrischen Beleuchtung reicherer deren Einführung nicht, doch sollen die Proben fortgesetzt werden.

Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Bp.)

hebt ebenfalls die Vorzüge der Gasbeleuchtung gegenüber der elektrischen hervor.

Zum Kapitel „Ministerialabteilungen“ liegt eine Resolution vor, die eine Aenderung des Eisenbahngesetzes von 1838 fordert.

Abg. v. Wandenstein (lonf.)

bezeichnet das gegenwärtige Entgegenverfahren als durchaus veraltet. Das werde allseitig anerkannt. Das Verfahren müsse objektiv weichen.

Minister v. Breitenbach

hält daran fest, daß die Feststellung der Eisenbahnpausen nur durch das Ministerium erfolgen könne. Die Lieferungsfähigkeit der Gemeinde solle stets berücksichtigt werden.

Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.)

benämelt, daß die Betriebsinspektionen künftig mittleren Beamten übertragen werden sollen. Wenn sich ein Unglück ereignen sollte, würde die Presse sofort behaupten, die Ursache sei übertriebene Sparjamkeit.

Minister v. Breitenbach:

Das neue Verfahren eröffnet den mittleren Beamten ein weiteres Tätigkeitsfeld. Ich glaube nicht, daß wir auf Schwierigkeiten stoßen werden. Schon heute vertreten die Betriebsingenieurmonatelang die Vorhörer der Betriebsinspektionen. Wir wollen den Beamten mit höherer Vorbildung Dienste abnehmen, über die sie heute klagen. Die künftigen Vorhörer der Betriebsinspektionen sollen nicht denselben Amstittel erhalten wie die höheren Beamten.

Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Bp.):

Wir hoffen früher, daß das Reichseisenbahnamt bei Streitigkeiten zwischen der Eisenbahnverwaltung und der Gemeinde eingreifen würde. Leider geschieht das nicht. Das Reichseisenbahnamt ist ein Messer ohne Schneide und kann gegenüber dem mächtigen preussischen Eisenbahnministerium nichts ausrichten. (Sehr richtig!)

Abg. Frhr. v. Felsch (fr.)

meint, daß das Entgegenverfahren nicht einseitig vor sich gehen dürfe.

Abg. Dr. Friedberg (nl.)

sieht dem Kommissionsantrage freundlich gegenüber. Die Befragung schließt. Die Resolution der Kommission geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Der Rest des Ordinarius wird debattellos genehmigt. Es folgt das Extraordinarium.

Abg. Widde (fr.)

verlangt Ausdehnung des Vorortverkehrs von Belsen nach Kremen.

Abg. Kietzen (fr.)

Verbesserungen auf dem Bahnhof Friedberg.

Abg. Dr. Scheppe (fr. Bp.)

eine Aenderung der Bahnstreckenverhältnisse in Wiesdorf an der Strecke Berlin-Kaulsdorf.

Abg. Wigmann (nl.)

fordert gründlichen und schleunigen Umbau des Bahnhofes Liegnitz. Wäre er Minister, so würde er keine Nacht ruhig schlafen können, ehe dieser Umbau nicht vollendet wäre. (Beifall.)

Abg. Dionysius (lonf.)

wünscht Befestigung eines Niveauüberganges bei Geselein.

Abg. Heine (nl.)

fordert Abstellung der Mißstände auf dem Göttinger Bahnhof. Die Abg. Dr. v. Tawagn (Ztr.) und Dr. Wendlandt (nl.) fordern Befestigung von Mängeln auf den Bahnhöfen Bären und Gisheweg.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung, Wahlprüfungen, kleinere Vorlagen. Schluß 4 1/2 Uhr.

Ausland.

Die Kriegsgefahr im Balkan.

Intrigen gegen Oesterreich und Deutschland?

Der Wiener Vertreter der „Frankf. Ztg.“ erfährt von hoher diplomatischer Stelle Mitteilungen über die gegenwärtige Lage, in denen es u. a. heißt:

„In diplomatischen Kreisen erhält sich der Verdacht, daß Serbien nur benutzt wird, um Oesterreich zu über zu lassen. Wenn einmal die diplomatische Geheimgeschichte des letzten Halbjahres bekannt sein wird, werde man ersehen, welchen rüchlosen Anter-spiel der deutsch-oesterreichische Block 6 Monate lang kaltschnützig handgehalten hat und noch handhalten muß. Deutschland und Oesterreich-Ungarn seien nach wie vor einig, friedlich und geübdig; eine Ab-rüstung bei unverrückter Sache sei aber unbedingt ausgeschlossen.“

Daß Rußland es nicht ungern sähe, wenn Oesterreich und Deutschland in Schwirrigkeiten gerieten, ist freilich keine Frage. Wenn man — wie zwischen den Zeilen der obigen Meldung zu lesen ist — auch England und Frankreich der politischen Intrige beschuldigt, so befindet man sich kaum auf rechten Wege. Im Anfang der gegenwärtigen Krise, als die Einigung zwischen Doppeladler und Halbmond noch nicht erzielt war, hat England allerdings sich wenig freundlich gegen Oesterreich-Ungarn gezeigt. Man muß aber zugeben, daß die Diplomatie von Downing Street, seit ernsthafter Gefahr im Anzuge ist, sich in jeder Weise um die Erhaltung des Friedens bemüht hat.

Die neuesten Vorschläge Englands

im Interesse der Schlichtung des Konfliktes werden in dem folgenden Telegramm übermittelt:

London, 22. März. Der „Morning Leader“ meldet aus Wien, daß der englische Vorschlag dahin geht, von Baron Wertheimast das Versprechen zu erlangen, daß Oesterreich-Ungarn Serbien unter gewissen Bedingungen nicht angreifen werde; daraufhin werden die Mächte Serbien raten, ab zu rüsten und sich in klaren, nicht mißzuverstehenden Worten ein für allemal jeden politischen Anspruch zu begeben. Baron Wertheimast soll sich mit diesem Plane einverstanden erklärt und deshalb das Ultimatum aufgehoben haben. Der Kriegsreporter des „Daily Telegraph“ berichtet aus Wehrab, daß dem dortigen Kabinett der Plan der Mächte bereits bekannt sei und daß es ihn akzeptieren werde.

Daß die Bereitwilligkeit der beiden Parteien wirklich in dem Maße vorhanden ist, wie das Telegramm wissen will, erscheint jedenfalls recht ungewiß und steht in keinem rechten Einklang zu den nachstehenden Meldungen über

Oesterreichs Antwort

auf die Anfrage Englands nach den Mindestforderungen der Donaumonarchie:

Budapest, 22. März. Die Antwort Oesterreich-Ungarns auf die Anfrage des englischen Auswärtigen Amtes nach den Mindestforderungen Oesterreich-Ungarns ist bereits nach London abgebeten worden. Sie wird zwar ge-

heim gehalten, doch kann verkostet werden, daß Oesterreich-
Ungarn auf seinem bisherigen Standpunkte verharret, dem
nach England nichts Neues mitzuteilen habe. Minister-
präsident Bielecki erklärte heute im Abgeordnetensause, es
sei „noch immer Hoffnung auf Erhaltung des Friedens“ vor-
handen.

Wie aus dieser Meldung, so spricht auch aus den fol-
genden eine durchaus

Kriegsriegerische Stimmung.

Wien, 22. März. Neuerlich sind verschiedene Symptome
aufgetaucht, welche auf eine pessimistischen Beurteilung der
Lage zu deuten. Ruffland wird wieder der einen nach der
anderen Aktion offnen und freimütig aufstehen, so daß kein
nachhaltiger Eindruck auf die öffentliche Meinung in Serbien
zu gewärtigen wäre. Jeder Tag des Jürgens verstimmt die
Situation in Belgrad, wo seit drei Tagen die Kriegs-
heizer wieder energisch am Werke sind und eine Stimmung
erzeugt haben, die es als wenig aussichtslos erscheinen läßt,
daß die serbische Regierung überhaupt den Versuch eines
Abgehens von der bisherigen Politik machen wird.

Cetinje (Montenegro), 22. März. Die militärischen
Vorbereitungen Oesterreichs werden hier fieberhaft verfolgt.
Man glaubt allgemein, daß die Kriegspartei in
Wien jetzt stärker als die Friedenspartei geworden ist.
Bergangene Woche sind zwei große Loggdampfer aus Triest
mit Kriegsmaterial in den Bocche di Cattaro angekommen.
Jeder Dampfer aus Triest und Fiume bringt neue Truppen
nach Raquja und Cattaro. Auf den Eisenbahnhöfen
Wien—Triest—Fiume und Budapest—Bosnien wird kein
Gepäck der Zivilreisenden angenommen; die Züge verkehren
nämlich ohne Gepäckwagen, weil diese alle zum Transport
von Kriegsmaterial verwendet werden. In Bocche di
Cattaro wurde eine partielle Mobilisation vorgenommen. Der
fahrplanmäßige Dienst der Privatdampfer Fiume—Cattaro
mußte aufgegeben werden, weil die Dampfer zu militärischen
Transporten requiriert wurden.

Die Vorbereitungen Montenegros sind beendet.
Im Lande wird mit größter Spannung die Uebergabe der
letzten österreichischen Bote an Serbien erwartet. Die
Situation wird hier als sehr ernst angesehen, aber man sieht
mit Vertrauen in die Zukunft. Allenfalls herrscht große
Kriegsbegeisterung.

Belgrad, 22. März. Die atabrische Partei drängt jetzt
die Regierung zur Beilegung der Kämpfungen, um die
diplomatische Aktion zu stärken. Man hält hier die Kriegs-
gefahr nicht für befehrigt; auch Graf Jorgas bereitet seine
eventuelle Abreise vor.

Verhaftung serbischer Offiziere in Budapest.

Zwei hosiische Straßenhändler, angeblich verleidete
serbische Offiziere, wurden, wie das „B. Z.“ aus Budapest
erfährt, in der Maria Theresien-Kaserne, wo sie durch Ver-
sehten ihrer Waren und Erkundigungen über die Einbe-
rungen und ähnliche militärische Maßnahmen Verhaftet
erregt, festgenommen. Die Behörden lehnen es ab,
über die Einzelheiten dieses Vorfalles Auskunft zu geben.

Das Ende des Poststreiks?

Der gestrige Tag hat in der Ausstandsbewegung der
französischen Postbeamten eine Besserung der Lage gebracht.
Weder die Ereignisse die hierzu führten wird berichtet:

Paris, 22. März. Nach der Audienz, die eine Depu-
tation der streikenden Post- und Telegraphenbeamten Son-
abend nachmittag bei Clemenceau im Besitze Barthous
hatte, äußerte sich der Verkehrsminister in vertraulichem
Tone zu den Beamten: „Ein Sturm des Wahnsinns
setzt durch das Postpersonal. Nun denn, lieber
Schwamm drüber!“ In diesen Worten lag die Ver-
sicherung, daß kein Beamter entlassen wird.

Die Delegation überbrachte das Audienzresultat der
in der St. Paul-Kathedrale gehaltenen, mehrstündigen
Versammlung und gab bekannt, das Streikmittee habe das
Ende des Ausstandes und die Wiederaufnahme des
Dienstes für Montag mittag beschlossen. „Wir sind verloren,
wenn wir so handeln!“ sagte der Streikführer Chastenet.
Die Versammlung attackierte ihn lebhaft und beschloß mit
allen gegen 4 Stimmen die Fortsetzung des Streiks.
Trotzdem herrscht allenthalben der Eindruck vor, daß
der Ausstand infolge des Beschlusses des Streikmittees
sein Ende erreicht hat.

Paris, 22. März. Die Beendigung des Streites ist
wahrscheinlich, aber nicht sicher. Große Geldmittel sind
der Streikliste zugeflossen. Von 10 000 Ausständigen sind
wenigstens 5000 zur Fortsetzung des Streiks entschlossen
zu sein, weil sie den Worten der Regierung nicht trauen und
eine Falle vermuten. Hoffentlich kommt die gewünschte
Einzug zustande. Es wird aber einige Zeit dauern, bis
der Verkehrsdienst wieder normal funktioniert.

Des weiteren liegen noch folgende Meldungen vor:

Paris, 22. März. Der Ausstandsausschuß verfaßt auch
die Bevölkerung von Paris in die Kundgebungen
hineinzuziehen und hatte am Sonnabend zu einer öffent-
lichen Einspruchskundgebung gegen Simonan
aufgerufen. Gegen 2000 Personen hatten sich tatsächlich
in der Rue de Louvre eingefunden: Der Polizeipräsident ließ
aber die Manifestanten zurücktreiben, worauf diese sich von
neuem vor einem Café sammelten, wo Redner die Ent-
lassung Simonans forderten. Die Polizei zerstreute die
Menge auch hier; später bildeten sich aber wieder neue
Gruppen.

Paris, 22. März. Der Ausschuß der Gewerkschaft
der französischen Eisenbahnen hat be-
schlossen, unersüßlich Maßnahmen zu ergreifen, um mit den
in Betracht kommenden Gruppen Beratungen zu pflegen für
den Fall, daß die Regierung versuchen sollte, den Ausständigen
gegenüber Zwangsmaßnahmen anzuwenden.

Fürst Chislow f.

Der ehemalige Minister der Verkehrswesen Fürst Chislow
ist, wie aus Petersburg berichtet wird, plötzlich gestorben.
Fürst Chislow war eine der bedeutendsten Persönlichkeiten
Rußlands und hat seinem Lande Hervorragendes geleistet. Er hat,
von allen Mitteln entblößt, sich in seinen Jugendjahren unter
angenehmen Namen in Amerika als einfacher Arbeiter
und Lokomotivführer durchgeschlagen und durch seinen
Held, seine Intelligenz und staunenswerte Energie sich zu der hohen
Stellung emporgearbeitet, die er später einnahm. In das Ver-
kehrsministerium trat er als untergeordneter Beamter ein und
stieg von Stufe zu Stufe, bis er 1894 Minister wurde.

Chislow hatte mit seinem Knechtbart und glattristem
Kinn ganz das Aussehen eines Panke.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 23. März.

Stadtverordneten-Sitzung.

Am Vorstandsitz der Herren Geh. Kommerzienrat
Stedener, Justizrat Föhling, Oberlehrer Professor
Dr. Bangerter und Fabrikant Grehler.

Es liegen eine Reihe Eingänge vor. So wird die be-
tante Resolution des Allgemeinen Bürgerverei-
ns für städtische Interessen in Sachen
der Schneehäufung

verlesen. Der Petitionsauschuß soll sich mit der Angelegen-
heit beschäftigen. Ebenfalls geht eine Petition des
Spediteurvereins, die sich gleichfalls über die den
Jahresbericht außerordentlich erschwerte mangelhafte und
schlechte Schneehäufung bezieht.

Eine dritte Eingangsfrage des Einwohnern der Stadtstraße
bezieht sich über den schlechten Zustand dieser Straße und
bittet, sie alsbald auszubauen, um mindestens auf der einen
Seite den Bürgersteig. Die Eingabe wird dem Bauauschuß
überwiesen.

Ferner wird eine von ca. 250 Einwohnern der Vororte
Giebigenhain, Trotha und Cröllwitz unterzeichnete Eingabe
bekannt gegeben, die behaupten, das von

Giebigenhainer Gaswerk

ihnen gelieferte Gas sei tabellos und gebe in keiner Weise
Anlaß zu Beschwerden. Es ist der Eingabe umfangreiches
Material beigelegt; sie wird auf 4 Wochen zurückgelegt,
da zurzeit die beiden Kuratorien des Gas- und Elektrizitäts-
werks sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

Sobann gibt der Herr Vorsteher noch eine Erklärung
ab, die sich auf eine in der Presse veröffentlichte Eingabe
von Anwohnern des Kirchturms bezieht. Es sei in Verbindung
mit jener Veröffentlichung der Standpunkt geltend ge-
macht, der Weg zum Hause des Herrn Vorstehers sei ge-
pflastert, was es für — um den Herrn Stadtverordneten-
vorsteher handle, der Weg vor den Grundstücken Kircht-
3, 4, 5, für den die gleichen Verhältnisse vorliegen, liege
aber ungepflastert da. Der Herr Vorsteher erklärt, daß auch
er jederzeit vom Magistrat mit seinem Antrage auf Pflasterung
des Weges zu seinem Grundstück abgemessen sei; da
habe er den Weg auf eigene Kosten pflastern lassen.
Zu blättern Reid wider ihn liege also kein An-
laß vor.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1. Da die unter Kapitel X. O. 1.5 des Saushaltsplanes
für 1908: Zur Erweiterung bau- und funktio-
neller Gebäude etc. — bereit gestellten Mittel
aufgebraucht sind und nach der Auffüllung des Hochbaubaus
bis zum Schluß des Rechnungsjahres noch 20 000 Mk. er-
forderlich werden, beschließt die Versammlung, die an-
gegriffene Etatsposition um 600 Mk. aus Kapitel XIX. 12, bei
dem noch 19 244,42 Mk. zur Verfügung stehen, zu vergrößern.
Es handelt sich u. a. darum, die künstlerisch wertvollen Por-
tale und Decken des dem Abbruch gemeinten Zeichens
H a u s e s für unser Museum zu erwerben. (Ref. Herr Stv.
v. W. L u m e.)

2. Der Architekt Otto H a r i n g von hier hat das Grund-
stück „Zum schwarzen Bär“, Ecke Oleariusstraße und Grafe-
weg, erworben und zur Neubehauung in vorstehende Bau-
stellen eingeteilt. Nach der festgelegten Zeichnung hat er
13 Quadratmeter Land zum Graleweg abzutreten und
74 Quadratmeter an der Oleariusstraße von der Stadt zu
erwerben. In Abstimmung mit der Stadtbauver-
waltung erludt der Magistrat die Versammlung, sich damit
einverstanden zu erklären, daß die 13 Quadratmeter am
Graleweg gegen eine gleich große Fläche an der Olearius-
straße ausgetauscht und die noch verbleibende Restparzelle
von 61 Quadratmeter an der Oleariusstraße an Haring
zum Preise von 70 Mk. pro Quadratmeter verkauft wird.
Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. R e i-
h a r d t.)

3. Der Zustand der Lafontainestraße auf der
Strecke von der Burgstraße bis zum Abvolatenweg ist der-
artig, daß eine Neupflasterung dringend notwendig ist. Das
Bürgersteigergelände ist zwar teils noch nicht in voller Breite
Eigentum der Stadt. Es liegt jedoch, abgesehen von einem
Grundstück, bereits frei und ist schon befestigt. Jedent-
falls kommt aber durch die geplante Neupflasterung des
Hochbaubaus noch Gelände in Frage, das der Stadt gehört.
Der im Kostenanschlag vorgesehene Betrag für die Befestigung
der Bürgersteigfläche kommt nur zur Verwertung, soweit
das Bürgersteigergelände bereits an die Stadtgemeinde auf-
gelassen worden ist oder demnächst aufgegeben wird. Die
Verhandlungen zwischen. Um die entstehenden Kosten nach
erfolgter Neupflasterung von den Anliegern einziehen zu
können, ist es notwendig, daß die Lafontainestraße auf der
Strecke von der Burgstraße bis zum Abvolatenweg als Ein-
heit festgelegt wird. In Uebereinstimmung mit der Bau-
deputation erludt der Magistrat die Stadtverordneten-
versammlung: a) die Neupflasterung der vorgenannten
Straßenstrecke zu genehmigen und die erforderlichen Mittel
in Höhe von 26 500 Mk. aus der Anlage von 1900 zu be-
willigen, b) der Festlegung der vorgeschlagenen Strecke der
Lafontainestraße als Einheit zuzustimmen.

Der Referent Herr Stv. S t e p h a n beantragt namens
des Bauauschusses Ablehnung der Vorlage, da die Anlieger
zum Teil ganz unmögliche Preise verlangen hätten, einige 45,
50, ja 70 Mk. pro Quadratmeter, während die Stadt jüngst
für Terrain in dortiger Gegend, entsprechend dem realen
Wert, nur 25 Mk. erzielen konnte.

Die Versammlung lehnte die Vorlage ab.

4. Das Militärbaumeister beabsichtigt, in einer
Dienstwohnung des Provinzialamts eine Badeanlage
einzurichten. Der Magistrat ist geneigt, dem Antrage unter
der Bedingung satzungsgemäß, daß die Anlage von der Militär-
verwaltung unter Uebernahme der vollen Verantwortung
ausgeführt wird und die entstehenden Kosten mit 5 Prozent,
wie die Baukosten des Provinzialamts selbst, vergütet werden.
Die Versammlung tritt dem Beschlusse bei und bewilligt die
auf 500 Mk. festgesetzten Baukosten aus der Anlage von
1900. (Ref. Herr Stv. L u n g e s t e b e n.)

5. Die Rechnung über Kapitel XIII der Kammerei-
Rechnung für 1906 wird entlastet. (Ref. Herr Stv. B o r-
g e r t.)

6. Desgleichen die Rechnung der Stedenhaus-Stiftung
für 1907. (Derselbe Referent.)

7. Ebenso die Rechnung der Geuerkasse für das Rech-
nungsjahr 1907. (Derselbe Referent.)

8. Die Rechnung der Bankier Ernst und Anna Saagen-
gier-Stiftung für 1. April 1906 bis 31. März 1908 wird
entlastet. (Ref. Herr Stv. S p r i n g e r.)

9. Desgleichen die Rechnung über den Pflasterungs-
fonds für 1907. (Ref. Herr Stv. S t e p h a n.)

10. Desgleichen die Rechnung der Kasse der Desinfek-
tionsanstalt für das Rechnungsjahr 1907. (Ref. Herr Stv.
S e i m e d e.)

11. Ebenso die Rechnung der Wasserwerkstoffe für das
Rechnungsjahr 1905.

12. Die Rechnung der Gottesackerkasse für 1907, wo-
unter Raubbewilligung der Ueberführung im Betrage von
1001,89 Mk.

13. Die Rechnung über den Bau der Artillerie-
K a s e r n e Der Referent Herr Stv. B o r g e r, der auch
über die Punkte 11, 12, 14, 15 referiert, bemerkt dabei, daß
für den Bau 2 826 655 Mk. bewilligt waren; gebraucht sind
2 794 165 Mk., also eine Ersparnis von 32 500 Mk.

14. Die Rechnung über das Baufonto „Erweiterungs-
bau des Körnermagazins des Provinzialamts Halle“ wird
entlastet.

15. Desgleichen die Rechnung über das Baufonto der
Santänsanstalt auf dem städtischen Schloß- und Viehhofe.

16. Der Ziegeleibehrer R. S c h ö n r o b t bittet als Be-
ruher des Baufontes an der Wegscheiderstraße die
Stadtverordnetenversammlung, auf die Bauberwaltung ein-
zuwirken, daß die Straße sofort ausgebaut wird, da die Aus-
baukosten längst hinterlegt sind. Die Sache wird durch
Uebertragung zur Tagesordnung erledigt, da sich der Ausbau
nicht habe beschleunigen lassen; die Frist sei auch noch nicht
verstrichen. (Ref. Herr Stv. S t e p h a n.)

17. Der Hotelier W. B e b e r, „Centralhotel“, Tal-
amtsstraße 6, bittet, einen neuen Durchgang zur Verbindung
der Bärgräbe und der Oleariusstraße durch das jetzt zum
Abbruch verkaufte Grundstück Bärgräbe 2 — schwarzer Bär
— zu schaffen. Er beabsichtigt, den durch sein Grundstück
Talamtsstraße 8 führenden Durchgang in aller Kürze zu
schließen. Die Veranlassung besteht Uebertragung zur
Tagesordnung. (Ref. Herr Stv. S t e p h a n.)

18. Die Witwe W e g e l e b e n bittet, ihr das zu ihrem
Grundstück Graleweg 7 funktionsmäßig entfallende
Strafensand zu einem mäßigen Kaufpreise zu überlassen mit
Rückblick darauf, daß das Grundstück infolge der Strafen-
regulierung an der Klausstraße Schaden erlitten hat. Auch
die Eingabe wird durch Uebertragung zur Tagesordnung er-
ledigt. (Ref. Herr Stv. E m m e r.)

19. Ueber die Eingabe der Frau Marie S p e c h t in
Dessau, betr. die Zustände der E i c h n i s t r a ß e bei
Uebernahme der Bräutigamspatung durch ihren Ehemann
Friedrich Specht, beantragt namens des Petitionsauschusses
Herr Stv. G r e h l e r Uebertragung zur Tagesordnung. Die
Veranlassung besteht demgemäß.

20. Herr Otto Schumann bittet, die Durchlegung der
E i c h n i s t r a ß e nach der Reichstraße nach aufzu-
schließen und, falls dies geschieht, die Straßenaufbauten
nicht in alle, sondern den Grundstücksbesitzern der ge-
samten E i c h n i s t r a ß e, n e m l i c h a u c h der oberen Wite-
ramtsstraße und der Körnerstraße aufzulegen. Die Ver-
anlassung besteht Uebertragung zur Tagesordnung. (Ref.
Herr Stv. E m m e r.) Es sei noch gar kein Antrag auf
Ausbau der Straßen vorhanden.

Schneewassernachrichten.

Unsere Saale steigt langsam weiter. Gestern abend er-
reichte sie einen Stand von fast 4 Meter. Das sind in
wenigen Tagen 2 1/2 Meter Wasser. Danach ist zu hoffen,
daß wir eine ähnliche Ueberflutung wie vor einigen Wochen
nicht wieder bekommen.

Von auswärts treffen u. a. allerlei Anglücksnachrichten
ein, von denen wir folgende verzeichnen:

Ulfesleben, 22. März. Die angeschwollenen Fluten der
Helme sind durch die natürlich ausgeflossene Dambruchstelle ober-
halb unseres Dorfes wieder ausgeflossen und haben weithin die
Felder von neuem verflutet. Die Häuser nach Sandhausen
ist an derselben Stelle wieder durchbrochen; der Berche fließt.

Heiligenstadt, 21. März. Seit Sonnabend mittag sind infolge
der eingetretenen Schneeschmelze die schneefeldigen Gebirgsbäche
und Flüsse in schnelleren Fluten begriffen. Reine und Geise sind
zu raschen Strömen angeschwollen. Infolge des am Sonntag
vormittag geschehenen Regens kam die in den Wäldern noch
liegenden festschneefeldigen Schneemassen rasch zum Schmelzen,
und aus allen Gräben schossen Gießbäche zu Tal und führten
am Sonntag nachmittag ein abermaliges bedeutendes Steigen der
Flüsse herbei. Derselben Heiligenstadt stand die P r o m i n g a l t-
straße nach M i l l e n h a u s e n unter Wasser. Unterhalb
Heiligenstadts traten Reine und Geise über die Ufer und ver-
einigten sich zu einem gewaltigen Strom. Bei der Alten Burg
die selber überflutet. Das Nagelgäßchens steht ganz
im Wasser. Der Wasserfall gleicht einem gewaltigen Katarakt.
Zum Glück hat der Regen heute mittag aufgehört; deshalb rednet
man auf ein baldiges Fallen des Wassers.

Utenburg, 22. März. Die rasche Schneeschmelze hat hier aber-
mals Hochwasser verursacht. Sämtliche Flüsse und Bäche sind aus
ihren Ufern getreten und haben breite Flächen unter Wasser gesetzt.
Zeitweise wurden Dörfer, wie das Dorf W e n n e n-
mühle, sowie einzelne Häuser vom Berche abgeschnitten.

Melchetal, 22. März. Die Schmelze infolge des Hoch-
wassers aus ihren Ufern getreten. Das Wasser brach auch diesmal
wieder über den hohen Hochwall her kaum vollständig inhand
gelegten T a g e b a u der Grube „S e u r e k a“ ein und setzte
ihn vollständig unter Wasser.

Audorf, 22. März. Das durch die beschleunigte Schnee-
schmelze schnell anwachsende Wasser hat hier schon in den ersten
Tagen zum D i e r e r g e f o r d e r t. Der jährliche Knabe Heffner
fiel in die hochgefüllten Erdsgraben und wurde durch die Strömung
in ein weites Schlenkerloch gezogen, aus dem er nur als Leiche ge-
borgen werden konnte.

Magdeburg, 22. März. Infolge des milden Wetters und der
Regenflut ist allenthalben die Eis- und Schneeschmelze rascher
vor sich gegangen als man erwartet hatte; im Gebiet der oberen
Elbe ist das Wasser bereits erheblich gestiegen. Vom O b e r l a n d
werden heute 590 Zentimeter Wasser gemeldet.
Für unsere Stationen lassen sich heute noch keine bestimmten An-
gaben über den vorauszuwartenden Hochwasserstand machen; doch
ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Hochwasser nicht so ge-
waltig wird, wie es gegen Mitte des Monats Februar war.
Damals war aus Aufsch von den oberen Flüssen ein Aufsch von
1 4 5 6 Zentimeter gemeldet worden.

Wohlthätigkeitskonzert für die Ueberfluteten.
Norgen, Mittwoch, den 24. März, abends 7 1/2 Uhr,
findet nun im großen Saale des Stadthauses das vom
gleichen Vaterländischen Frauen-Zweigver-

